

Am Sandtorkai 2
20457 Hamburg

Telefon (040) 36 62 03/04

Telefax (040) 36 63 77

E-mail: info@zds-seehaefen.de

Internet: www.zds-seehaefen.de

19. Januar 2009

Hei/St/IV-2/8

2. Konjunkturpaket der Bundesregierung

Ausbau der Seehafenanbindungen

1. Die deutschen Seehäfen haben 2008 trotz weltweiter Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nochmals ein Rekordergebnis beim Gesamtumschlag erzielt. Nach vorläufigen Ergebnissen nahm der deutsche Seegüterumschlag 2008 um 2,6% auf 319 Mio. t zu.

2009 wird sicherlich auch für die deutschen Seehäfen ein schwieriges Jahr. Mittel- und langfristig bleiben die deutschen Seehäfen jedoch auch weiterhin auf Wachstumskurs.

Die Atempause beim Wachstum muss daher planerisch und finanzpolitisch genutzt werden, um die Seehafenanbindungen bedarfsgerecht auszubauen.

2. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur deutlich aufgestockt hat. So sollen 2009 12,2 Mrd. € in die Verkehrswege investiert werden. Davon entfallen 1 Mrd. € auf die Lkw-Mauterhöhung, 1 Mrd. € kommen aus dem Maßnahmenpaket zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung sowie 1 Mrd. € aus dem 2. Konjunkturpaket.
3. Aus den Mautmehreinnahmen in den Jahren 2009 bis 2012 in Höhe von 3,1 Mrd. € sollen im Hinblick auf den Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen der deutschen Seehäfen folgende Projekte mitfinanziert werden:

Bundesschienenwegeprojekte:

- ABS Stelle – Lüneburg (Neubau 3. Gleis)
- NBS/ABS Hamburg/Bremen – Hannover (Planung der „Y-Trasse“).

Bundeswasserstraßenprojekte:

- Nord-Ostsee-Kanal (u. a. Neubau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel)
- Peenestrom (Fahrrinnenanpassung nördlicher Peenestrom)
- Außen- und Unterweser (Fahrrinnenanpassung)
- Dortmund-Ems-Kanal (Ausbau der Südstrecke)
- Mittelweser (Ausbaumaßnahmen).

Dabei handelt es sich allerdings z. T. auch um Umschichtungen bereits durchfinanzierter Projekte, wie z. B. die Fahrrinnenanpassung des Peenestroms.

Zu den Maut-Mehreinnahmen ist grundsätzlich zu bemerken, dass das vorgesehene Volumen durch den konjunkturellen Abschwung beeinträchtigt werden kann.

4. Das im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung vorgelegte Investitionsprogramm Verkehr 2009/2010 sieht folgende Projekte zur Verbesserung der seewärtigen Zufahrten und Hinterlandanbindungen vor:

- ABS Oldenburg-Wilhelmshaven (durchgehend zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung)
- Nord-Ostsee-Kanal (u. a. Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen, Grundinstandsetzungen von Brücken, Neubau Schleuse Brunsbüttel)
- Unter- und Außenelbe (u. a. Fahrrinnenanpassung, Erhaltungsbaggerungen)
- Außen- und Unterweser (u. a. Fahrrinnenanpassung)
- Peenestrom (Ausbau)
- Mittelweser (laufender Streckenausbau sowie Neubau Schleuse Dörverden und Ersatzneubau Schleuse Minden).

5. Mit dem 2. Konjunkturpaket wird der Bund 2009 und 2010 nochmals zusammen 2 Mrd. € in die Bundesverkehrswege investieren.

Die Küstenländer haben mit ihrem Konzept zur Verbesserung der Seehafenanbindungen (Ahrensburger-Liste mit 19 prioritären Projekten) ein Bündel an dringend zu realisierenden Infrastrukturmaßnahmen vorgelegt. Einige dieser Maßnahmen befinden sich in der Realisierung, bei anderen Projekten läuft die Planung an. Insbesondere bei den Schienenprojekten kann der Bund sofort Planungs- und Investitionsmittelansätze für die DB AG verstärken.

Dies gilt aber auch für andere Projekte, wie z. B. für den Ausbau des Seekanals zum Seehafen Rostock.

Hier sollte der Bund klare politische Prioritäten setzen. Ortsumgehungen im Rahmen von Konjunkturprogrammen zu finanzieren, weil sie durch Vorratsplanung Baureife erlangt haben, wird sicherlich die Betroffenen freuen, trägt aber nicht dazu bei, die wertschöpfenden Seehäfen mit ihren wichtigen ökonomischen Funktionen zu stützen, wie es erklärte Absicht des Bundes ist und damit nachhaltig Investitionspolitik zu betreiben.

Der ZDS plädiert daher dafür, dass aus dem 2. Konjunkturpaket mit klarer Priorität Planungs- und Investitionsmittel für den Ausbau der Seehafenanbindungen eingesetzt werden und unterstützt damit die entsprechenden Ansätze der Bundesregierung.

Heitmann